

Beitrag des AK Frieden in Ver.di Hamburg auf der Kundgebung am 05.02.2022

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

wir stehen hier, weil wir angst haben, dass sich der Konflikt um die Ukraine zu einem Krieg entwickeln könnte. Krieg ist keine Lösung. Krieg führt zu unvorstellbaren, im Atomzeitalter irreversiblen Zerstörungen der Lebensgrundlage der Menschen, ist sozusagen der Supergau. Darum stehen wir als Mitglieder des Arbeitskreises Frieden in Ver.di Hamburg für eine Politik der Entspannung und der Verständigung mit allen Völkern, auch mit Russland.

Es vergeht kaum ein Tag, in dem Russland nicht trotz aller Dementi unterstellt wird, einen Krieg gegen die Ukraine beginnen zu wollen. Als Beweis dient die russische Truppenkonzentration auf eigenem Territorium an der Grenze zur Ukraine. Nato-Truppen und Nato-Waffen, die seit 30 Jahren kontinuierlich an die Westgrenze Russlands vorgeschoben wurden, werden nicht als Bedrohungskulisse gegenüber Russland problematisiert. Diesbezügliche russische Sicherheitsbedenken werden nicht erst genommen. So kann Diplomatie auf Augenhöhe, wie von Russland gefordert, nicht gelingen. Kein Wort vernimmt man aus unseren Medien vom Aufmarsch der ukrainischen Armee an der Grenze zu den abgespaltenen Republiken im Donbass. Ebenso kein Wort über das Verhalten der ukrainischen Regierung, die eine Umsetzung des Minsker Abkommens hintertreibt, indem sie Verhandlungen mit den Republiken ablehnt.

Dieses Abkommen aus dem Februar 2015 kann Grundlage einer friedlichen Lösung des Konflikts sein. Es wurde von den obersten Repräsentanten Frankreichs, Deutschlands, der Ukraine und Russlands ausgehandelt und vom UN-Sicherheitsrat einstimmig bestätigt. Die wichtigsten Punkte lauten:

- Beginn von Gesprächen über Wahlen in Donezk und Lugansk bezüglich des künftigen Status der beiden Regionen;
- Daraufhin Ausarbeitung einer gemeinsam abgestimmten neuen ukrainischen Verfassung, die die Dezentralisierung ermöglicht;
- Wahlen unter Aufsicht der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa;
- Am Ende dieses Prozesses soll die Übernahme der vollständigen ukrainischen Kontrolle über die Grenze zu Russland stehen.

Wäre das Minsker Abkommen umgesetzt worden, gäbe es diese Eskalation heute nicht. Das Abkommen ist weiterhin gültig, und es wird sich immer wieder darauf bezogen. Daher fordern wir, dass sich die Bundesregierung in der

derzeitigen aufgeheizten Situation als Signatarstaat auf die Durchsetzung dieses Abkommens konzentrieren muss, um eine friedliche Lösung zu erzielen.

Zu einer solchen vermittelnden Rolle passt es nicht, sich am derzeitigen Säbelrasseln der Nato-Staaten gegenüber Russland zu beteiligen, d.h., wir fordern von der Bundesregierung vor allem Dreierlei:

1. Keine Waffenlieferungen an die Ukraine! In diesem Sinne unterstützen wir die ablehnende Haltung der Bundesregierung gegenüber Waffenlieferungen an die Ukraine. Allerdings sendet die Lieferung von Helmen und Lazarettausrüstungen ein falsches Signal, weil auch diese Güter zur militärischen Ausstattung gehören. Der allseitige Druck, der derzeit auf die Regierung ausgeübt wird, darf nicht dazu führen, von dieser Position abzuweichen, auch nicht durch die genannten Lieferungen.
2. Keine permanenten Sanktionsdrohungen gegen Russland! Sanktionen haben zu keiner positiven Veränderung der Situation geführt. Im Gegenteil. Sie stehen einer Verhandlungslösung entgegen.
3. Die Bundesregierung darf es nicht zulassen, dass die Reste der von Willy Brandt eingeleiteten Entspannungspolitik gegenüber Russland für die Osterweiterung der Nato geopfert werden. Sie muss sich für die Schaffung eines Systems der gemeinsamen Sicherheit in Europa unter Einschluss Russlands einsetzen.

Es besteht die Gefahr, dass die Ukrainekrise zum Vorwand genommen wird, die Aufrüstung in unserem Land noch weiter zu forcieren als ohnehin geplant. Daher fordern wir von der Bundesregierung:

Abrüsten statt aufrüsten! Keine Durchsetzung des von der Nato geforderten 2%-Ziels, das darin besteht, 2 % des Bruttoinlandsprodukts für die Rüstung auszugeben. Wir benötigen die finanziellen Mittel mehr denn je für die Verbesserung des Gesundheits- und Bildungssystems, für den Ausbau der zivilen Infrastruktur, für Kunst und Kultur, für die Überwindung der Pandemiefolgen und vieles mehr.

Die Pandemie zeigt auf, wo in Deutschland im übertragenen Sinn die Hütte brennt. Diese Brände müssen wir mit den Mitteln aus dem Rüstungshaushalt löschen, statt mit Waffenlieferungen in die Ukraine und in andere Konfliktherde dort Kriege zu befeuern. Das wäre ein effizienter Beitrag zur Stabilisierung des Friedens in Europa und weltweit bei.